

BUND-Regionalverband Donau-Iller

BUND-Kreisverband Ulm

BUND-Kreisverband Biberach

BUND-Kreisverband Alb-Donau



Gemeinsame Pressekonferenz

zum Jahreswechsel 2022/2023

28. Dezember 2022 | 10:30 Uhr | BUND-Geschäftsstelle Ulm

Ulrich Müller, Vorsitzender Regionalverband Donau-Iller

Tel: 07364-3399 ulrich.mueller7@t-online.de

Christian Killius, Vorsitzender Kreisverband Alb-Donau

c.killius@t-online.de

Dr. Martin Denoix, Vorsitzender Kreisverband Ulm

Tel: 0731-267408 DrDenoix@web.de

Jutta Andreas, Stellvertr. Vorsitzende Kreisverband Ulm

Tel: 0731-14396123 juttabandreas@googlemail.com

Anmerkung: die Geschäftsstelle des BUND ist ab dem 9.1.2023 wieder erreichbar.

Regionale Themen

Neubaustrecke und Bahnhof Merklingen – Zeitenwende im ÖPNV? Ohne Auto mobil auf dem Land?

Mit der Inbetriebnahme der Bahn-Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm und der Eröffnung des Bahnhofs Merklingen am 11. Dezember 2022 ergeben sich große Chancen für eine Mobilität ohne Auto auf der Laichinger Alb. Wer beruflich oder privat nach Ulm oder Richtung Stuttgart fahren will, kann dafür den neuen Interregio-Express IRE200 ab Merklingen nutzen und wochentags in Richtung Stuttgart bereits um 05.29 Uhr in Ulm starten, Pendler ab Merklingen können um 05.39 Uhr zusteigen (Ankunft in Wendlingen um 05.59 Uhr). Von 05.29 bis 22.29 Uhr (Fr./Sa. auch später) fährt stündlich ein Zug von Ulm nach Wendlingen, der jeweils 10 Minuten später in Merklingen hält. Nach dem 05.41 Uhr Frühzug von Merklingen nach Ulm fährt der erste in Wendlingen startende IRE um 07.01 Uhr in Merklingen ab; zwischen 07.39 – 00.39 Uhr gibt es wiederum zur Minute 39 eine stündliche Verbindung nach Ulm. Zusammen mit dem Angebot des Regionalexpress RE5/ Metropolexpress MEX 15 über das Filstal verdoppelt sich das Angebot an Zügen zwischen Ulm und Stuttgart.

Das gesamte ÖPNV-Angebot auf der Laichinger Alb ist auf die An- und Abfahrtszeiten der Züge in Merklingen abgestimmt und das Angebot an Busfahrten deutlich verbessert. Neben den optimierten Taktzeiten gibt es neue Regio-Buslinien, z. B. die Linie X340 (Bad Urach – Laichingen) mit dem Anschluss in Bad-Urach an die Ermstalbahn nach Metzingen.

Die Linie X365 (Blaubeuren – Laichingen) verbindet weiterhin im Stundentakt die Ortschaften zwischen Laichingen und Blaubeuren mit dem Anschluss an die Donaubahn nach und von Ulm. Die Regiobusse verkehren ab den Bahnhöfen Blaubeuren und Bad Urach täglich ab 05.00 Uhr (an Samstagen ab 06.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ab 07.00 Uhr) bis 23.00 Uhr im Stundentakt. Am Laichinger ZOB besteht bei beiden Linien ein Anschluss an den Bus der Linie 335, der zwischen Münsingen und Merklingen hin- und herpendelt. Die Regiobuslinien sollen benachbarte Mittelzentren ohne regelmäßigen Schienenpersonenverkehrsanschluss (SPNV) verbinden bzw. an das Zugnetz zu Ober- und Mittelzentren anbinden. Finanziert werden die neuen Linien vom Alb-Donau-Kreis und Landkreis Reutlingen für einen Zeitraum von drei Jahren mit 2,7 Millionen Euro, hinzu kommt ein Landeszuschuss von 0,7 Millionen Euro.

Die Förderung des Landes ist Teil des Konzepts „Mobilitätsgarantie“, das vorsieht, dass alle Orte in Baden-Württemberg von 05.00 Uhr früh bis Mitternacht mit dem ÖPNV erreichbar sein sollen. Wo das im Koalitionsvertrag auch ÖPNV 2030 genannte Konzept nicht funktioniert, sollen Rufbusse die Lücke schließen.

Die Anbindung des Radverkehrs zum Bahnhof Merklingen ist ebenfalls gesichert; für eine halbe Million Euro aus Landesmitteln erfolgte der Lückenschluss zwischen Bergülen – Machtolsheim und Machtolsheim – Merklingen. In einem Radius von 7,5 km sind die Radwege ganzjährig nutzbar und am Bahnhof befinden sich 50 überdachte Abstellplätze.

Wer das Auto in Merklingen stehen lassen will, kann einen der 425 Park & Ride-Stellplätze nutzen, von denen über die Hälfte eine Ladestation aufweist, deren Strom von dort installierten PV-Modulen erzeugt werden wird. Umsetzung verbesserungswürdig

Auch wenn es angesichts der signifikanten Verbesserung im Nah- und Fernverkehr und der Realisierung des neuen Nahverkehrskonzepts in wirtschaftlich schwierigen Zeiten pedantisch erscheint zu meckern, gibt es doch den ein oder anderen Wermutstropfen. So hat der neue Fahrplan nicht nur Verbesserungen gebracht. Im Bereich Schülerbeförderung sorgte er u.a. in Blaustein, Blaubeuren, Herrlingen und Suppingen für erheblichen Ärger bei Schülern und Eltern wegen neuer Umstiege, knapper

Umstiegszeiten, ausgefallener oder verspäteter Busse oder überlangen Wartezeiten. Fahrer seien weder des Deutschen noch Englischen mächtig. Auch bei Reisenden im sonstigen Linienverkehr gab es bereits Unmut, weil sie stellenweise gleich in Merklingen strandeten.

Dass neue solarbetriebene Displays an Bushaltestellen die Abfahrtszeit der Busse und die jeweilige Restzeit bis zur Ankunft angeben, ist sehr zu loben als guter Service und Zeichen der Wertschätzung der Kunden. Allerdings ist aufgefallen, dass die Busse auf der Strecke offenbar nicht mit dem System kommunizieren, denn sie verschwinden vom Display, sobald die fahrplanmäßige Ankunftszeit überschritten ist, auch wenn sie noch gar nicht da sind.

Es mag sein, dass ein Teil der Probleme beim neuen ÖPNV Anlaufschwierigkeiten sind. Es ist aber bedauerlich, wenn Menschen vergrätzt werden, die, von der allgemeinen Begeisterung im Zusammenhang mit der Bahnhofseröffnung angesteckt, erstmals oder nach langer Zeit wieder Bus und Bahn fahren.

Wegen der gestiegenen Kosten für den Anteil der Finanzierung des ÖPNV durch den Landkreis wurde anscheinend mit kleinem Budget Werbung gemacht und zu spät bzw. ungenügend über die Neuerungen im ÖPNV informiert. Angesichts der Dringlichkeit von Klimaschutz im Verkehrssektor wünscht man sich, das Landratsamt hätte sich bei diesem Thema ähnlich viel Mühe gemacht wie bei der Bereitstellung von neuen Mülltonnen und alle relevanten Haushalte schriftlich informiert.

Notwendigkeit der Verkehrswende vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe

Der Verkehrssektor ist das Stiefkind beim Klimaschutz. In allen Sektoren konnten die Treibhausgasemissionen in Deutschland seit 1990 gesenkt werden. Im Verkehrsbereich sind sie laut Umweltbundesamt bis zum Vor-Corona-Jahr 2019 jedoch leicht gestiegen. Die Pläne von Bundes- und Landesregierung beim Klimaschutz stehen in merkwürdigem Kontrast zu dem, was bisher erreicht wurde: Nach dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) müssen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs bis zum Jahr 2030 auf 85 Mio. t CO₂-Äquivalente sinken – im Vergleich zum Jahr 2019 ist dies fast eine Halbierung (-48 %).

Laut Klimaschutzplan für Baden-Württemberg soll u.a. der ÖPNV bis 2030 verdoppelt, der KFZ-Verkehr um ein Fünftel abnehmen, jedes zweite Auto klimaneutral fahren und jede zweite Wegstrecke zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden.

Die Realität sieht einstweilen anders aus: Die Zahl der zugelassenen Autos in Baden-Württemberg ist immer weiter angestiegen. Zum 1.1.2022 waren laut Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Baden-Württemberg 6,8 Millionen Personenkraftwagen zugelassen – so viele wie nie zuvor, davon waren allerdings nur 1,5 Prozent Elektroautos. Das Statistische Landesamt hat für das Jahr 2021 errechnet, dass auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 613 Personenkraftwagen kamen – ein Rekord. 2011 waren es noch 539. Der Verkehr hat einen Anteil von rund 30 Prozent an den THG-Emissionen in Baden-Württemberg – steigende Tendenz. Angesichts dieser Zahlen und der bisherigen Verkehrspolitik in Berlin mit konsequenter Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) spricht wenig dafür, dass die vollmundigen Ankündigungen in Stuttgart oder Berlin umgesetzt werden. Allerdings sitzt wenigstens in Stuttgart ein Verkehrsminister, der sowohl Knowhow als auch Willen hat, eine Verkehrswende herbeizuführen. Viele Parameter müssten bundespolitisch verändert werden und liegen nicht in seinem Zuständigkeitsbereich, wie Tempolimit, Dienstwagenprivileg, chronische Unterfinanzierung der Bahn-Infrastruktur, Reservierung von öffentlichem Raum für Autos, um nur einige zu nennen.

Ist nachhaltige Mobilität auf der Laichinger Alb möglich?

Landrat Heiner Scheffold hat das neue ÖPNV-Angebot auf der Laichinger Alb als „Quantensprung“ bezeichnet, verbunden mit dem Wunsch, dass „die Bürgerinnen und Bürger dieses tolle Angebot annehmen und vom PKW umsteigen“.

Dass dieser „Quantensprung“ allein schon einen nennenswerten Beitrag zur Verkehrs- wende darstellt, darf bezweifelt werden: In manchen Regionen hat ein verbessertes ÖPNV-Angebot zu quantitativ mehr Mobilität, nicht jedoch zu einem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs (MIV) geführt, ohne den Klimaschutz im Sektor Verkehr freilich nicht möglich sein wird. Im ungünstigsten, aber nicht unwahrscheinlichen Fall werden vor allem *die* Menschen das verbesserte Angebot nutzen, die eh kein Auto haben. Der Umstieg vom MIV auf den ÖPNV ist auch und gerade auf dem Land eine Herkulesaufgabe, die einzig durch eine Angebotsverbesserung beim ÖPNV (Pull-Maßnahme) nicht gestemmt werden kann.

Angesichts der bisherigen Dominanz des MIV auf der Laichinger Alb bzw. im Alb-Donau-Kreis und der Erfahrungen in Sachen ÖPNV anderswo kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Nutzung des ÖPNV von und zum Bahnhof Merklingen ein Selbstläufer ist. Neben Pull-Maßnahmen werden darüber hinaus im Umland und insbesondere in Ulm Maßnahmen benötigt, die den Autoverkehr zugunsten von Radverkehr, ÖPNV oder Fußverkehr einschränken oder einengen.

Es ist aber auch nicht mehr zeitgemäß, dass in großem Stil nach Ulm eingependelt wird, wenn nur eine Person im Auto sitzt. Jeder nach Ulm einführende PKW erzeugt Lärm, Abgase und beansprucht öffentlichen Raum. Dies ist umso weniger einzusehen, als es Alternativen im Bereich des öffentlichen Verkehrs gibt, wie das enorm gesteigerte ÖPNV-Angebot seit dem 11. Dezember.

Ungebremster Flächenverbrauch- vor allem für Einfamilienhäuser

Mit dem auf fast 6 Hektar pro Tag wieder angestiegenen Flächenverbrauch wird Baden-Württemberg seine Ziele weiterhin verfehlen. Mit ein Grund dafür im Alb-Donau-Kreis ist das beliebte Bauen von Einfamilienhäusern, die pro Wohneinheit den größten Flächenbedarf, die höchsten Herstellungskosten und die meisten Ressourcen verbrauchen- auch beim späteren spezifischen Energieverbrauch gegenüber Mehrfamilienhäusern.

§13b BauGB

Für die Genehmigung vieler zusätzlicher neuer Wohngebiete im Außenbereich sorgte der von der Bundesregierung abgesegnete und unlängst bis 31.12.2022 verlängerte §13b BauGB, der den Kommunen auch außerhalb der Flächennutzungsplanung und ohne Umweltprüfung und Ausgleichsmaßnahmen für den Naturschutz erleichtertes Bauen ermöglichte. Nicht selten waren an den Ortsrändern dabei auch Streuobstwiesen der Neubebauung zum Opfer gefallen.

Streuobstwiesen gefährdet

Der in Baden-Württemberg nach dem Volksbegehren "Rettet die Bienen" im Jahr 2020 eingeführte §33a im Naturschutzgesetz sollte den Schutz der wertvollen Streuobstbestände ab 1500 qm Größe eigentlich dauerhaft garantieren, aber zahlreiche Ausnahmegenehmigungen zur Rodung dieser geschützten Bestände für neues Bauland bewiesen in den letzten beiden Jahren das Gegenteil.

Ein besonders wertvoller Bestand von 46 alten Streuobstbäumen mit knorrigem Wuchs und Baumhöhlen für Spechte und Fledermäuse sowie rund 100 weitere Obstbäume (auf einer Fläche von über 8000 qm) befinden sich im geplanten Neubaugebiet

Rosengarten Mitte-Süd der Stadt Ehingen. Eine vor 17 Jahren erteilte Baugenehmigung (also vor Einführung des Streuobst-Schutzparagrafen §33a) für ein insgesamt 8,5 Hektar großes Neubaugebiet kann demnächst diesen wertvollen Strukturen den Garaus machen. Die Stadt Ehingen ist nach Einwendungen des BUND nicht bereit, für den Schutz der alten Bäume umzuplanen und diesen potentiell dauerhaften Grünbereich als Erhaltungsfläche in das Neubaugebiet mit einem geplanten Kindergarten zu integrieren. Nichts wird im Zuge des Klimawandels zukünftig wertvoller sein als vorhandene schattengebende größere Grünstrukturen. Auch zwei in Baden-Württemberg vom Aussterben bedrohten Holzpilzarten (Apfelbaum-Stachelbart und Apfelbaum-Saftporling) sind vom BUND auf den dortigen Altbäumen nachgewiesen worden. Obwohl sich die Stadt Ehingen mit dem Titel einer nachhaltigen Stadt schmückt, ist hier kein Einlenken in Sicht. Der BUND fordert für die 17 Jahre alte Bebauungsgenehmigung aktuelle Artenschutzgutachten in den alten Baumbeständen-vor allem für die streng geschützten Fledermäuse.

Ein weiterer großer Eingriff ist im 3,2 Hektar großen Neubaugebiet "Schwärze" der Gemeinde Rottenacker zu erwarten, obwohl zahlreiche unbebaute Grundstücke innerhalb des Ortes vorhanden wären! Hier sind auch 3664 qm nach EU-Recht streng geschützte FFH-Mähwiesen mit artenreicher magerer Flora und der zugehörigen Tierwelt betroffen. Ein von der Gemeinde vorgeschlagener Ausgleich dieser Magerflächen an anderer Stelle erscheint mittelfristig unrealistisch, da solch ein über Jahrzehnte gewachsenes Lebensgefüge kaum künstlich hergestellt werden kann. Zu einem teilweisen Erhalt der Streuobstbäume im Neubaugebiet wäre Rottenacker zwar bereit (diese stellen mit weiteren Obstbaumbeständen in der Umgebung schon heute einen Biotopverbund dar), aber solch ein Querriegel von neuen Wohnhäusern dazwischen hinaus zur freien Landschaft behindert den gesetzlich vorgeschriebenen Biotopverbund in der Funktionalität erheblich! Es ist außerdem unsinnig, einen Biotopverbund Streuobstwiesen mit viel Aufwand woanders neu herzustellen, wenn er bereits am Ortsrand vorhanden ist!

Weitere Streuobstwiesen sollen in Blaustein/Bermaringen südlich der Kirchstraße fallen: Hier ist ebenfalls eine Kernfläche für den geplanten Biotopverbund Mittlerer Standorte von 2000 qm Streuobstwiese betroffen für ein 4780 qm großes Neubaugebiet. In Allmendingen/Weilersteußlingen sollen am Südblick ca. 5000 qm Streuobstwiese für ein 1,25 Hektar großes Neubaugebiet geopfert werden. Hier hatte die Gemeinde letztes Jahr die Verpachtung von Pferdebeweidung auf Ziegenhaltung umgestellt, mit dem Ergebnis, dass bei fast allen Obstbäumen die Rinde von den Ziegen abgenagt worden ist mit erheblicher Schädigung des Baumbestandes! Hier sollten womöglich vollendete Tatsachen geschaffen werden, damit nichts mehr geschützt werden muss!

In Berghülen stehen auf einer Fläche von ca. 4800 qm 34 Obstbäume zur Disposition, um einen Netto-Supermarkt mit entsprechend großen Parkplätzen zu bauen. In Ehingen/Altsteußlingen sind am Bergäcker bereits 19 alte und 13 jüngere Obstbäume zur Fällung genehmigt für ein 3,9 Hektar großes Neubaugebiet. Der Ausgleich hierfür ist äußerst mangelhaft! Zudem ist im Zuge des Klimawandels nicht sichergestellt, dass Neupflanzungen auch dauerhaft wachsen und entsprechend alt werden können! Schließlich sind in Laichingen/Machtolsheim am Bahnhof bereits vor Jahren 5000 qm herrliche Streuobstbereiche als Gewerbegebiet überplant worden. Auch hier fordert der BUND aufgrund der hohen Wertigkeit der dortigen Lebensräume eine neue Artenschutzprüfung.

Neue Gentechniken (NGT)

BUND sieht Gefahr für Absatz regionalerzeugter Lebensmittel

Aktuell wird in Brüssel unter Einfluss von Lobbyarbeit großer Agrarkonzerne über eine mögliche Deregulierung der neuen Gentechniken (NGT) diskutiert. Diese Deregulierungspläne hätten zur Folge, dass das Vorsorgeprinzip, die Risikoprüfung und die Wahlfreiheit der Verbraucher:innen außer Kraft gesetzt werden. Eine gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft wäre nicht mehr möglich. Absatzmärkte und regionale Wertschöpfungsketten würden wegbrechen.

Viele, mögliche Risiken von gentechnisch veränderten Organismen sind ungeklärt. Ein aktuelles Gutachten des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes (vzbv) warnt: NGT können zusätzlich zu den bereits existierenden, menschengemachten Krisen wie dem Klimawandel zu einer weiteren Destabilisierung der Ökosysteme beitragen oder bestimmte nachteilige Effekte noch verstärken.

Ein nachhaltiges Ernährungssystem kann nur dann existieren, wenn Erzeuger:innen freien Zugang zu Saatgut erhalten, das nicht durch Patentansprüche blockiert ist, denn: Vielfalt ernährt die Welt und für resiliente Ökosysteme ist Artenvielfalt essenziell.

Wir fordern daher Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und die Bundesumweltministerin Steffi Lemke auf, sich auf EU-Ebene klar für die Beibehaltung der Regulierung der neuen Gentechniken einzusetzen. Es darf keinen Freifahrtschein für einzelne global agierende Agrarkonzerne geben, die rein aus wirtschaftlichem Interesse handeln und keine Haftung übernehmen wollen.“

Ulmer Themen

Umweltbildung des BUND KV Ulm

In der Umweltbildung des BUND KV Ulm haben sich zahlreiche Angebote für Schulen und Kindergärten etabliert. Der BUND ermöglicht damit Kindern und Jugendlichen vielfältige Naturerlebnisse, die heute nicht mehr selbstverständlich sind.

Bei 41 Projekttagen im Freien zu verschiedenen Themen wie:

- Lebensraum Streuobst (-wiese)
- Praktisches Arbeiten in der Natur bei Pflanzaktionen und der Jungwuchspflege
- Wildbienen
- Schmetterlinge
- Leben am/im Bach

bieten wir den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, die heimische Natur mit allen Sinnen zu erleben, sowie Flora und Fauna kennen zu lernen.

Fünf Baum-Pflanzaktionen im Wald bei Wiblingen und Gögglingen ermöglichten im Jahr 2022 Lernen durch praktisches Arbeiten in der Natur.

Immer beliebter werden Jahresprojekte. Jahresprojekt bedeutet, dass eine Schulklasse, oder Kindergartengruppe zu verschiedenen Jahreszeiten zum Beispiel eine Streuobstwiese besucht und beobachtet und somit die Jahreszeiten in diesem Lebensraum intensiv erleben und wahrnehmen kann.

Seit Herbst 2022 besucht eine Kindergartengruppe 3- bis 6-jähriger Kinder des Jörg-Syrlin-Kindergartens einmal im Monat den Hermannsgarten. Dieses Projekt „Raus aus der KITA, rein in die Natur“ wird vom Bildungsnetzwerk Ulm/Neu-Ulm gefördert.

Weitere Jahresprojekte, in der Regel mit 4 Treffen pro Jahr, sind Wildbienen und Streuobstpädagogik, durchgeführt in Kooperation mit der Stadt Ulm.

Für die Wildbienen werden Nisthilfen gebaut, verschiedene Arten, ihre spezifischen Lebensweisen und Lebensräume kennengelernt.

Zum Erleben der Streuobstwiese mit ihrer biologischen Vielfalt kommen Erst- und Zweitklässler einmal, dritte und vierte Klassen viermal im Jahr. Das Highlight für die Kinder ist der Patenbaum, „ihr“ Baum. Dieser Baum steht im Mittelpunkt des gesamten Jahreslaufes. Er bekommt von den Kindern einen Phantasienamen, er wird nach „Aufälligkeiten“ untersucht, befühlt, umarmt, erklettert, gemalt. An vielen Bäumen hängen Nistkästen – hier muss achtsam, geräuschlos beobachtet werden. Im Herbst spenden die Bäume ihre Früchte für von den Kindern selbst gepresstem Apfelsaft.

Besonders gut gefällt uns BUND-Menschen, dass viele Kinder einen so starken Bezug zu „ihren“ Bäumen und dem Garten entwickeln, sodass Eltern und Großeltern die Streuobstwiese besuchen „müssen“. Dies ist für uns praktizierter Umwelt- und Naturschutz, weil wir die Kinder und viele ihrer Familien sensibilisieren und von der Wichtigkeit des Naturschutzes sowie dem Erhalt der Artenvielfalt überzeugen können.

Für die Streuobstpädagogik im Hermannsgarten wird 2023 eine Schutzhütte errichtet werden. Der BUND freut sich sehr, dass diese Hütte von der Ulmer Bürgerstiftung gefördert wird.

Die Arbeit der Ehrenamtlichen koordiniert Projektleiterin Almut Sattelberger.

Fuß- und Radentscheid Ulm - für ein lebenswerteres Ulm

Seit Ende Juli 2022 sammelt eine Initiative, die unter dem Dach des BUND angesiedelt ist, Unterschriften für den Fuß- und Radentscheid Ulm. Acht Ziele wurden formuliert, unter anderem barrierefreie, breite Gehwege und sichere, durchgängige Radwege. Die Vision: Egal, ob 8 oder 88 Jahre - jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sich sicher, zügig und angstfrei zu Fuß oder mit dem Rad durch Ulm zu bewegen.

Von den ungefähr 6500 erforderlichen Unterschriften wurden bislang knapp 3500 Unterschriften gesammelt. Der BUND ruft die Ulmer Bürgerinnen und Bürger zum Unterschreiben auf. Es ist die einmalige Gelegenheit, die Weichen zu stellen hin zu einer attraktiveren Fuß- und Radinfrastruktur in Ulm. Jede Unterschrift bringt Ulm diesem Ziel näher. Unterschriftsberechtigt sind Einwohner*innen ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz in Ulm und EU-Staatsbürgerschaft.

Unterschriftenlisten liegen z. B. im BUND-Umweltzentrum in der Pfauengasse 28 aus. Dort können auch unterschriebene Listen abgegeben werden. Unterschreiben kann man auch an verschiedenen Abgabestellen, die unter www.FuR-Ulm.de zu finden sind. Auf der Homepage können auch Unterschriftenlisten heruntergeladen werden und es gibt Infos rund um den Entscheid.

Die Finanzmittel für Verbesserung der Radwegnetzstruktur wurden erhöht hauptsächlich für zwei Projekte: Münchnerstraße, unter Wallstraßenbrücke zur Wanne. Wir hoffen, dass dadurch andere kleinere Maßnahmen nicht ausgebremst werden.

Grüne Stadt Ulm

Neuplanung Fußgängerzone: Hier sollen erstmal Leitungen so verlegt werden, dass mehr Platz für neu zu pflanzende Bäume entsteht. Wir begrüßen dies ausdrücklich!

Fertigstellung Bahnhofsvorplatz: Hier wurden nun die Bäume gepflanzt, die der BUND bei den Planungen 2014 (Fortmann) eingefordert hatte.

Willi-Brandt-Platz: Wir begrüßen die Entsiegelung und Schaffung von Sitzgelegenheiten sowie die Neupflanzung von Bäumen in großzügige Erdflächen mit Staudenbepflanzung.

Private Projekte: Hier beobachten wir ein allmähliches Umdenken, das wir durch Aktionen und Infoveranstaltungen (Realisierung, Förderung...) voranbringen wollen: Fassadenbegrünungen (z.B. bloom-offices, Sedelhöfe), Rückbau und Negativimage von Schottergärten fördern, Zusammenarbeit mit „goplantatree“, ...

Mehrweg-Geschirr

Initiative der lokalen agenda 21, BUND, Citymarketing, Dehoga:

Empfehlung an Gastronomen und Betriebe, die ab 1.1.2023 Mehrweg anbieten müssen: System Relevo, App-basiert (Kunststoff- und Glasgefäße)

Hier bringt sich der BUND vor allem ein, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Wir appellieren auch an Betriebe, für die die gesetzl. Regelung nicht gilt (unter 5 Mitarbeiter, unter 80 m²), mitzumachen.

Für alle Fragen zum System stehen die Fa. Relevo und HOGAKA Profi in Ulm zur Verfügung.

Energiestrategie

Im Stadtgebiet mehren sich die Planungen für PV-Freiflächenanlagen (SWU: Örlinger Tal). Gespräche mit den Stadtwerken zeigen, dass hier die ökologischen Kriterien des Dialog-Forum weitgehend in die Planungen eingeflossen sind (www.dialogforum-energie-natur.de).

Windenergie: auch hier fokussieren sich die Stadtwerke inzwischen mehr auf regionale Projekte und verkaufen Anteile an norddeutschen Projekten (Windpark Borkum) oder fossilen Kraftwerken. Im Arbeitskreis Energie der lokalen agenda 21 war auch der BUND beteiligt, um über die Gemeinderatsfraktionen ein Antrag auf Befassung im Gemeinderat gestellt wird. Auch im Nachbarschaftsverband Ulm/Neu-Ulm, dem Regionalverband Donau-Iller und anderen Gremien sind nun endlich regenerative dezentrale Energiestrukturen ein Thema.

Kommunalpolitik

Vermerkt werden in Gremien und Netzwerken (Klimaschutzbeirat, Klimabündnis, Haus der Nachhaltigkeit, Ulmer Netz für andere Welt,) umweltpolitische Themen erfolgversprechend behandelt.

Dabei sollten nötige Untersuchungen (z.B. behördliches Mobilitätsmanagement) durchgeführt werden aber nicht die Umsetzung dringender Projekte verhindern.

Positivbeispiele sind die Planung und Beschlussfassung zum Wärmespeicher der FUG und zum Biotopverbund.

In der Phase zur Wiederwahl des Bau- und Umweltbürgermeister sind diese Entwicklungen hoffentlich nicht mehr umkehrbar, sie sollten sich sogar noch beschleunigen!

Nachfragen zu Ulmer Themen:

Dr. Martin Denoix: DrDenoix@web.de, Tel: 0731-267408, 0175-3344455

Jutta Andreas : juttabandreas@googlemail.com